**Stellungnahme der Fraktion SPD/Unabhängige Bürger
zum Entwurf des Haushaltsplanes 2022 der Gemeinde Böbingen**

A) Anmerkungen - Vorschläge

- A.1.** Allgemein: Der Zahlungsmittelüberschuss von ca. 608 T€ (vergleichbar mit der früheren Zuführungsrate zum Vermögens-HH) ist erfreulich und liegt doppelt so hoch wie im HHP 2021 vorhergesagt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Hierzu ist anzumerken, dass jede beantragte zahlungswirksame Änderung des Planentwurfs zu einer Änderung des Zahlungsmittelüberschusses des Ergebnishaushalts führt. Weiter ist anzumerken, dass durch die in der letzten Gemeinderatsitzung angekündigte und mittlerweile eingegangene Änderung des FAG-Testbescheids (aufgrund der November-Steuerschätzung) und der Änderung der Verteilungsmasse des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sich der Zahlungsmittelüberschuss auf aktuell 779.528 € erhöht hat (die in der Gemeinderatssitzung vom 20.12.2021 vorgetragenen Änderungen zum Planentwurf sind hier bereits berücksichtigt).

- A.2.** Allgemein: Das geplante Gesamtergebnis des Ergebnis-HH ist wie in den vergangenen Jahren negativ (ca. -997 T€). Größter Einflussfaktor sind die Abschreibungen für das SZ mit ca. 1,1 Mio. € (davon ca. 490 T€ Auflösung von Zuschüssen). Es bleibt die Erwartung, dass sich das IST-Ergebnis verbessert. Das gilt für das Jahr 2021 sowie für die Folgejahre nach 2022.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es ist richtig, dass durch die geplante Abgabe des Seniorenzentrums ca. 612 T€ (inklusive der jährlichen regulären kalkulatorischen Kosten) als einmaliger Effekt finanziert werden muss. Ob das in Form von Sonderabschreibungen oder als Außerordentlicher Aufwand erfolgt, ist belanglos. Durch die in der Stellungnahme zu A.1. geschilderten Änderungen des FAG und die in der Gemeinderatsitzung vom 20.12.2021 vorgestellten Änderungen beträgt das veranschlagte Gesamtergebnis momentan - 825.477 €. Hier abermals der Hinweis, dass ein tatsächlich entstandener Fehlbetrag innerhalb von 3 Jahren ausgeglichen werden muss.

- A.3.** S.19 – 23: Bei folgenden Maßnahmen im Ergebnis-HH sehen wir Änderungsbedarfe:

Unterhaltungsmaßnahmen Gemeindehausweg 5, Kürzung auf 30 T€.	Einsparung	10 T€
Stadtentwicklung, Stadtplanung, Kürzung auf 120 T€, da einzelne Themen nicht oder nicht im vorgesehenen Umfang in 2022 kommen.	Einsparung	16 T€
Ortsentwicklung B29: Erhöhung auf 50 T€	Mehrkosten	20 T€
Wasserbauliche Anlagen, Kürzung auf 35 T€.	Einsparung	10 T€
Gesamteinsparungen		16 T€

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Kürzung des Planansatzes der Unterhaltungsmaßnahmen beim Gemeindehausweg 5 auf 30.000 € ist vorstellbar, da aufgrund der angedachten Personalaufstockung bestimmte

Unterhaltungsmaßnahmen über Eigenleistungen des Bauhofs erledigt werden können (z. B. Malerarbeiten, Verfugungen, Silikonieren).

Die angesprochenen Planungskosten i. H. v. 136.000 € setzen sich folgendermaßen zusammen:

20.000 €	Flächennutzungsplan
10.000 €	Bebauungsplan Gartenstraße
15.000 €	Bebauungsplan Weidle-Ost
15.000 €	Baulandumlegung Weidle-Ost
20.000 €	Gemeinsames Gewerbegebiet
20.000 €	Resterschließung Bahnhofstraße
10.000 €	Puffer
8.000 €	Prüfung Baugesuche durch Ingenieurbüro
8.000 €	Überprüfung Adlergasse durch Ingenieurbüro
10.000 €	Beratung imakom Bahnhofstraße West

Man muss sich jetzt Gedanken machen, bei welcher Position eingespart werden kann bzw. welche Position gestrichen werden kann. Der eingeplante Puffer (10.000 €) könnte eventuell gestrichen werden. Bitte um Antragstellung.

Eine Erhöhung der Finanzmittel für die Ortsentwicklung B29, wie in der Gemeinderatsitzung vom 20.12.2021 bereits gesagt, auf 50.000 € ist bereits berücksichtigt (51.10.00.00 44290000).

Eine Kürzung des Planansatzes bei der Unterhaltung der wasserbaulichen Anlagen ist denkbar, da die Räumung der Klotzbachtasche Ende des Jahres 2021 bereits durchgeführt wurde. Eine Räumung der Verdolung mit Sondermaschinen ist für das Jahr 2022 vorgesehen.

A.4. S. 19, Beschattung Pavillon: Wir sind uns nicht mehr sicher, ob diese Maßnahme im TA besprochen wurde. Daher die Frage, ist diese Maßnahme notwendig und wieso wurde sie nicht schon 2021 durchgeführt?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Beschattung der Verglasungen am Schulpavillon sollte sowohl aus Sicht der Gemeindeverwaltung und des Hausmeisters als auch aus Sicht der Nutzer dringend erneuert werden. Die momentan vorhandene Beschattung ist veraltet und nicht mehr funktionsfähig. Der Haushaltsansatz basiert auf Grundlage eines Angebots für eine motorbetriebene Beschattungsanlage. Weitere Angebote werden noch eingeholt. Eine Vorstellung dieses Themas im TA wird noch erfolgen.

A.5. S. 42, lfd. 14, 4212000 (dito S. 82): Wie ist dieser hohe Planungsansatz zu erklären?

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf Seite 42 sind die gesamten Aufwendungen für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens des Produktbereichs 11 (Verwaltung) dargestellt. Auf Seite 82 sind die Aufwendungen für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens der Produktgruppe 11.24 (Gebäudemanagement) ausgewiesen. Diese Zahl bei der Produktgruppe ist Bestandteil der Zahl des Produktbereichs. Die hohen Planansätze sind auf die im Vorbericht beschriebenen geplanten Maßnahmen bei den Gebäuden zurückzuführen (z. B. Beschattung Pavillon, Sanierungsmaßnahmen Oberlin-Kindergarten, Unterhaltungsmaßnahmen Gemeindehausweg 5, Trennwände etc. Römerhalle).

Anzumerken ist, dass im Hinblick auf den Planentwurf, wie in der Gemeinderatsitzung vom 20.12.2021 bereits gesagt, weitere Planmittel i. H. v. 100.000 € bei der Schule für eine eventuell erforderliche Sanierung des Dachs eingeplant wurden.

- A.6.** S. 175, lfd. 6, 3411000 (dito. S. 210): Ist der Grund für diesen Rückgang die fehlende Pacht für das SZ oder gibt es andere Gründe, falls ja, welche?

Stellungnahme der Verwaltung:

Richtig. Dieser Planansatz beinhaltet die Mieten/Pacht für die gemeindeeigenen Wohnungen im Pflegeheim, Gemeindehausweg 5 (für sozial Schwache) und das Seniorenzentrum. Für die Miete/Pacht Seniorenzentrum wurden ein Viertel der seitherigen Einnahmen eingeplant.

- A.7.** S. 230, lfd. 14, 4212000: Wenn hier die Pflegemaßnahmen für den Rasenplatz geplant sind, ist der Ansatz von 20.000 € zu gering. Seit nunmehr drei Jahren ist keine größere Pflegemaßnahmen durchgeführt worden. Wir halten einen Ansatz von 30 T€ für erforderlich.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es ist richtig. Die eingeplanten 20.000 € betreffen die Sportplatzpflege. Ob im Jahr 2022 mehr gemacht werden muss, kann aktuell nicht beurteilt werden. Bitte um Antragstellung.

- A.8.** S. 233, lfd. 12, 40120000: Was verbirgt sich hinter diesem Ansatz und wieso sind die Ansätze ggü. 2020 auf ca. ein Sechstel verringert bzw. wieso war der Ansatz 2020 von Beamten erbracht und jetzt von Angestellten?

Stellungnahme der Verwaltung:

Hierbei handelt es sich um Dienstaufwendungen für Beschäftigte, also Personalausgaben. Die Änderungen sind auf geänderte Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung zurückzuführen.

Haushaltsjahr 2020

Breitmeier, Tanja	01.01.2020	31.12.9999	01	1000	42.10.00.00	20,00%
-------------------	------------	------------	----	------	-------------	--------

Haushaltsjahr 2021

Huttelmaier, Christine	01.01.2021	31.12.9999	01	1000	42.10.00.00	5,00%
------------------------	------------	------------	----	------	-------------	-------

Haushaltsjahr 2022

Weidenbacher, Julia	01.01.2022	31.12.9999	01	1000	42.10.00.00	10,00%
Milek, Kathrin	01.01.2022	31.12.9999	01	1000	42.10.00.00	10,00%

- A.8.1.** S. 462 – 463: Investitionsprogramm: Bei den Baumaßnahmen Bildungszentrum sind 900 T€ geplant. Laut aktueller Aufstellung des Architekten fallen aber ca. 1 Mio. € an Kosten in 2022 an.

Stellungnahme der Verwaltung:

In diesem Zusammenhang muss beachtet werden, dass für die Möblierung der Schule 6.500 € bei der Investitionsnummer 721100100012 und für die Möblierung der Kita bei der Investitionsnummer 736500101012 40.000 € eingeplant sind. Zudem sind noch vor dem Jahreswechsel diverse Rechnungen, welche in der Aufstellung des Architekten enthalten sind, ausbezahlt worden, sodass sich diese Zahl verringert. Die angesetzten 900.000 € werden von Seiten der Verwaltung als ausreichend angesehen.

- A.9.** S. 450: Bei der Berechnung des Einkommenssteueranteils werden ca. 6,8 Mrd. € und eine Schlüsselzahl von 0,0004506 zugrunde gelegt. Die ca. 6,8 Mrd. € dürften die Einkommenssteuer des Landes BW sein. Wie errechnet sich die Schlüsselzahl, d.h. welche Faktoren (Anzahl der Einwohner/Gemeinde, Anzahl der Einkommenssteuerzahler/Gemeinde, Höhe der Einkommenssteuer/Gemeinde) gehen in diese Schlüsselzahl ein?

Stellungnahme der Verwaltung:

Die dort aufgeführten 6,814 Mrd. € ist die Verteilungsmasse des Einkommensteueranteils. Diese Zahl wurde mittlerweile aufgrund der Novembersteuerschätzung auf 7,090 Mrd. € abgeändert, was zu Mehreinnahmen führt (vgl. Stellungnahme zu A.1.). Für die Schlüsselzahl gilt die Faustregel: je mehr Einwohner und je besser diese nach den Kriterien des Statistischen Landesamts verdienen, desto höher ist die Schlüsselzahl (welche alle 3 Jahre neu festgesetzt wird). Die Berechnung der Schlüsselzahl ist im § 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes (Bundesgesetz, nicht Landesrecht) beschrieben: Der Schlüssel für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer wird wie folgt ermittelt. Für jede Gemeinde wird eine Schlüsselzahl festgestellt. Sie ist der in einer Dezimalzahl ausgedrückte Anteil der Gemeinde an dem nach § 1 auf die Gemeinden eines Landes entfallenden Steueraufkommen. Die Schlüsselzahl ergibt sich aus dem Anteil der Gemeinde an der Summe der durch die Bundesstatistiken über die veranlagte Einkommensteuer und über die Lohnsteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, die auf die zu versteuernden Einkommensbeträge bis zu 35 000 Euro jährlich, in den Fällen des § 32a Absatz 5 oder des § 32a Absatz 6 des Einkommensteuergesetzes in der jeweils am letzten Tag des für die Bundesstatistik maßgebenden Veranlagungszeitraumes geltenden Fassung auf die zu versteuernden Einkommensbeträge bis zu 70 000 Euro jährlich entfallen. Für die Zurechnung der Steuerbeträge an die Gemeinden ist der in der Bundesstatistik zugrunde gelegte Wohnsitz der Steuerpflichtigen maßgebend.

B) Anträge - Anregungen

- B.1.** Wir beantragen folgende Maßnahme in den HHP einzustellen:
Beauftragung einer Untersuchung zur Möglichkeit der Realisierung eines Brunnens, der für die Bewässerung des Rasenplatzes am Sportgelände genutzt werden könnte. Gleichzeitig sollen die dafür anfallenden Kosten bei einer Realisierung in 2023 erhoben werden. Begründung: Der Wasserverbrauch seit 2013 liegt im Schnitt jährlich bei ca. 3000 m³ oder ca. 8.300 €. Dieser Wasserverbrauch inkl. der Kosten könnte einspart werden. Ob sich ein solcher Brunnen finanziell lohnt, würde das Ergebnis der Untersuchung zeigen.
Gleichzeitig ist zu überlegen, ob sich ein zweiter Brunnen im Bereich des Parks am alten Bahndamm für die dortige Bewässerung eignet.
Die Kosten für die Untersuchung dürften bei ca. 2.000 € liegen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung befürwortet den Antrag – bitte um Antragstellung in der Sitzung.